

Hobbes, der Terrorismus und die Angst in der Weltpolitik

Andreas Vasilache

In den theoretischen Grundlagen moderner Verfassungsstaaten wird Angst als zentrale politische Größe ausgewiesen. In der Hobbesschen Ursprungsmythologie moderner Staatlichkeit spielt sie eine entscheidende Rolle für die Staatskonstituierung. Aufgrund ihrer Staatszentriertheit bietet die Vertragstheorie allerdings kein hinreichendes Erklärungspotential für die transnationale terroristische Strategie der Angst. Der Angstpolitik des Terrorismus steht aber auch eine Nutzbarmachung der Angst durch Regierungen bedrohter Staaten gegenüber.

Internationale Politik, Politische Theorie, Terrorismus

In modern state theory, fear turns out to be of great political significance. In the Hobbesian foundational myth of the modern constitutional state, fear is an important force because it motivates the establishment of states. But because of its theoretical concentration on states, contractalist thought does not provide an adequate explanation for the transnational terrorist strategy of fear. The primacy of fear used by terrorists can be juxtaposed to the utilisation of fear by governments threatened by terrorist attacks.

International Politics, Political Theory, Terrorism

Andreas Vasilache, geb. 1975, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Internationale Beziehungen an der Justus-Liebig-Universität Gießen; Forschungsthemen: Theorie der internationalen Beziehungen, politische Philosophie und Wissenschaftstheorie.

Publikation u.a.: Interkulturelles Verstehen nach Gadamer und Foucault, Frankfurt a.M./New York 2003.
E-Mail: Andreas.Vasilache@sowi.uni-giessen.de



Angst herrscht – dies ist eine Redewendung, die in zahlreichen Sprachen geläufig ist. In dieser sprachlichen Wendung wird mit dem Begriff der Herrschaft ein politischer Schlüsselbegriff mit einem emotionalen Zustand (dem der Angst) in Verbindung gesetzt. Daß es sich hier lediglich um eine zufällige Übereinstimmung ähnlicher Sprachkonstrukte handelt, dürfte dabei recht unwahrscheinlich sein. Ein möglicher Grund dafür könnte darin bestehen, daß Angst eine Basisemotion ist¹ und sie bisweilen eine solche Intensität erlangen kann, daß das Individuum sich völlig von ihr eingenommen und mithin von ihr beherrscht fühlt. Trotz des Erklärungspotentials einer individualpsychologischen Betrachtung scheint es aber lohnend zu sein, aus politikwissenschaftlicher Perspektive über die Zusammenhänge und Verschränkungen nachzudenken, die zwischen der Sphäre politischer Herrschaft und der Emotion Angst bestehen mögen.

Über die Rolle der Angst in der Politik ist vor allem im Rahmen der Totalitarismusforschung diskutiert worden, wobei Staatsterror als notwendiges, wenn nicht gar konstitutives Element totaler Systeme erkannt worden ist.² Durch Repression nach innen soll eine Atmosphäre der Angst erzeugt werden, die sich auf mögliche Oppositionsbewegungen und auf die Gesellschaft lähmend auswirkt und der Regierung dauerhaft die Herrschaft sichert. Diese These ist freilich nicht unbestritten. So verweist Hannah Arendt darauf, daß zwischen Macht und Gewalt ein Unterschied besteht und daß reine angstbasierte Gewaltherrschaften (d.h. ohne jede Zustimmungsbasis) keine Aussicht auf Beständigkeit haben.³ In den internationalen Beziehungen hat der Zusammenhang von Angst und Politik vornehmlich in den Diskussionen um den Ost-West-Konflikt und das militärische Wettrüsten eine Rolle gespielt, wobei das sogenannte *Gleichgewicht des Schreckens* von einigen als bedrohlich⁴, von anderen wiederum als friedensstiftend angesehen worden ist⁵. Doch wie im Falle der Totalitarismusforschung hat auch hier dieser Zusammenhang lediglich als ein besonderes Detail Eingang in die Diskussion, in der politikwissenschaftlichen Forschung insgesamt aber kaum gesonderte Aufmerksamkeit gefunden. In Zeiten von Auseinandersetzungen, die – wie im Falle der Terrorismusbekämpfung – oft leichtfertig als globale Konflikte präsentiert und gesellschaftlich interpretiert werden, lohnen grundsätzliche Überlegungen zur Rolle der Angst in der Politik.

Im Anschluß an einige grundlegende theoretische Erörterungen über die staatsphilosophische Bedeutung der Angst wird am Beispiel des Kampfes gegen den Terrorismus zu diskutieren sein, welche Rolle heute die Angst als

¹ Vgl. Putz-Osterloh (2000), S. 1.

² Vgl. Neumann (1954), S. 34, 42ff.

³ Vgl. Arendt (1994), S. 36-58.

⁴ Vgl. z.B. Czempiel (1999), S. 76, 82.

⁵ Vgl. z.B. Bergsdorf (2000), S. 21.

motivierende, gestaltende und legitimierende politische Kraft spielt. Weiterhin wird auch zu fragen sein, inwieweit Angst als eine instrumentell verfügbare politische Ressource verstanden werden kann, die Handlungsspielräume eröffnet und reguliert.

Theoretische Erwägungen

Die klassischen imperialistischen Mächte mußten der Angst ihrer Bevölkerungen skeptisch begegnen. Wenngleich ein gewisses Maß an Angst vor der Gewalt des eigenen Staates in den Augen der Regierung systemstabilisierend wirkt, so kann sie dennoch als einer der schlimmsten Rivalen militärischer Expansionspolitiken gelten. Gleich, ob man das Römische Reich, das Osmanische Reich, das Mongolische Reich oder die Kreuzzüge betrachtet, eine militärische Expansion ist in einem gesellschaftlichen Zustand der Angst nicht zu bewerkstelligen. Dies schließt zwar nicht aus, daß der einzelne Soldat der imperialen Macht beim Anblick des Gegners Todesangst verspürt, doch muß die kollektive gesellschaftliche Stimmung von Hoffnung und Zuversicht getragen werden; freilich unabhängig davon, wie berechtigt diese Stimmung tatsächlich ist. Angst dagegen wirkt lähmend und reduziert sowohl den Willen als auch das Potential einer militärischen Expansionspolitik. Sie mußte in militärisch expandierenden Imperien demnach stets bekämpft und durch Vertrauen und Heldenmut zurückgedrängt werden. Eine imperiale Macht kann Angst nicht dulden, und zwar weder die der Bevölkerung vor der Expansion in neue Gebiete, noch die des Reiches vor anderen Herrschaftsgebieten insgesamt.

In der Moderne wurde mit der Französischen Revolution die eigene Angst des Staates vor anderen Mächten erstmals kodifiziert. Da die Revolution im Namen universalistisch formulierter Menschen- und Bürgerrechten legitimiert wurde, lag die Vermutung nahe, daß Frankreich nach der Revolution den Kampf gegen die Monarchie in benachbarte Gebiete hätte tragen wollen. Mit dem Postulat der staatlichen Souveränität beteuerte die Französische Republik daher ihren Willen, sich trotz der universellen Gültigkeit ihrer Werte nicht in die Angelegenheiten benachbarter Monarchien und Fürstentümer einzumischen. Damit sicherte Frankreich aber nicht nur den Fürstentümern die innere Gestaltungsfreiheit zu. Vielmehr demonstrierte das Einmischungsverbot das vitale Interesse der einzigen europäischen Republik, in ihren eigenen inneren Angelegenheiten nicht von anderen gestört zu werden.⁶

Daß das Thema der Angst in der Politik und speziell in den internationalen Beziehungen eng mit der Frage moderner Souveränität verbunden ist,

⁶ Vgl. Seidelmann (1998), S. 134.

läßt sich anhand der theoretischen Fundamente moderner Verfassungsstaaten nachweisen.

Als wohl prominentester *Theoretiker der Angst* kann der englische Philosoph und Vertragsdenker Thomas Hobbes gelten. Im *Leviathan* kennzeichnet Hobbes die „Todesfurcht“⁷ als eine der Leidenschaften, die den Menschen friedfertig werden läßt. Es sei vor allem die im Naturzustand sich notwendig ergebende Angst vor dem Tode, die die Menschen motiviere, aus diesem bedrohlichen Zustand des Krieges „eines jeden gegen jeden“⁸ herauszutreten, ihre natürliche Freiheit auf einen ihnen überlegenen Souverän zu übertragen und sich einer allgemeinen Gesetzgebung und Sanktionsgewalt zu unterwerfen. In der Hobbesschen Ursprungsmythologie moderner Verfassungsstaatlichkeit spielt Angst demnach die zentrale Rolle einer staatskonstituierenden Motivation, wobei nach der Staatsgründung die Angst vor dem Gewaltmonopol des Staates und seinen Zwangsmitteln zum praktischen Garant der Gesetzestreue der Bürger wird. Letztlich erhält sie im Hobbesschen Kontraktualismus den Status einer sittlichen Kraft.

Die pessimistische Anthropologie des Thomas Hobbes und das Hobbessche Bild vom Naturzustand als eines immerwährenden Krieges bilden die philosophischen Grundlagen der realistischen Theorieschule in den Internationalen Beziehungen und beeinflussen in nicht geringem Maß die politische Praxis. Denn mit der Überwindung des Naturzustandes zwischen den Individuen und der Gründung von Staaten hört der Naturzustand nicht etwa auf zu existieren, sondern wird lediglich von der interpersonellen auf die internationale Ebene verlagert.⁹ Im zwischenstaatlichen Bereich herrscht demzufolge die permanente Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen, da Staaten – wie zuvor die Menschen – keiner übergeordneten Macht rechenschaftspflichtig sind. Wie im natürlichen Zustand der Menschen bestimmt im internationalen System das Gesetz des Stärkeren die Geschicke der Subjekte. Diese Bedrohungssituation schafft unter den Staaten eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Angst, die der Todesangst zwischen den Menschen im Naturzustand äquivalent ist.

Dieses Modell, dem im Hinblick auf klassische zwischenstaatliche Konflikte ein gewisses Erklärungspotential zukommt, ist aber nicht nur auf Staaten *bezogen*, sondern eben auch auf den nationalstaatlichen Fokus *beschränkt*. So einleuchtend die Analogie zwischen dem menschlichen und dem staatlichen Naturzustand ist, so sehr ist das Erklärungspotential durch das Phänomen des Terrorismus überfordert. Denn im Falle des transnationalen Terrorismus sind die handelnden Subjekte nicht notwendig Staa-

⁷ Hobbes (1998), S. 98.

⁸ Ebd., S. 96.

⁹ Vgl. ebd., S. 269f.

ten. Und so ist auch die Frage der Angst im Hinblick auf den Terrorismus nicht auf die Angst eines Staates vor einem anderen Staat reduzierbar.

Terrorismus

Schon an dieser Zusammenfassung der Hobbesschen Vertragstheorie zeigt sich ihre nationalstaatliche Zentriertheit. Der aktuelle transnationale Terrorismus aber läßt sich mit einem nationalstaatlich begrenzten Vokabular nicht adäquat erfassen. So ist auch der gebräuchliche Terminus des *internationalen* Terrorismus irreführend, da er keine gängige Strategie eines Staates gegen einen anderen, sondern ein *transnationales* Phänomen ist, das vor Staatsgrenzen nicht halt macht. Und selbst in den Fällen, in denen Staaten die Auftraggeber terroristischer Anschläge sind, geschieht dies verdeckt und richtet sich nicht direkt gegen einen anderen Staat, sondern faßt zumeist zivile Ziele ins Auge.¹⁰ In der Regel gehen terroristische Strategien aber von ethnisch-separatistischen, religiösen oder politischen Gruppen aus, die durch spektakuläre Anschläge Aufmerksamkeit für ihre Anliegen, Angst bei ihren Gegnern und Sympathie in ihrer eigenen Gruppe erzielen wollen.¹¹ Wenn gleich Staaten häufig Adressaten von Terrorismus sind, müssen die Anschlagziele keineswegs hoheitsstaatliche Einrichtungen sein oder sich innerhalb des Territoriums des angegriffenen Staates befinden. Aus der Sicht der vom Terrorismus Bedrohten wirken Anschläge innerhalb des eigenen Staates zwar besonders bedrohlich. Da die Terroristen jedoch keine klassischen territorialen Auseinandersetzungen führen, kann dies nicht als qualitative Eskalation des Konfliktes gedeutet werden. Sie stellt lediglich eine quantitative Steigerung des psychologischen Effekts der Einschüchterung dar. Dabei besteht das Ziel darin, durch Angst und durch Einschüchterung der Bevölkerung die Themen der Terroristen auf die politische Agenda zu setzen und die Gegner unter Zugzwang zu bringen.

Auch wenn den in Geheimzirkeln operierenden Terroristen bisweilen eine große Macht zugesprochen wird, resultiert die Grausamkeit terroristischer Aktionen nicht zuletzt aus der relativ schwachen Machtbasis der ausführenden Gruppen. Terroristische Vereinigungen sind zu schwach, um sich ihrem überlegenen Gegner offen und mit konventionellen Mitteln und Strategien entgegenzusetzen, und müssen daher durch besondere Brutalität und Willkür die Aufmerksamkeit breiter Massen erlangen.¹² Schon aufgrund der im Vergleich zu herkömmlichen militärischen Konflikten geringen Opfer-

¹⁰ Beispiele für Staatsterrorismus sind die Anschläge auf die Pan-Am-Maschine, die 1988 über Lockerbie abstürzte, und auf die Berliner Diskothek La Belle 1986, hinter denen der libysche Geheimdienst vermutet wird.

¹¹ Vgl. Waldmann (1998), S. 10.

¹² Vgl. ebd., S.10ff, 15, 19 sowie Hoffman (2002), S. 51, 56.

zahlen folgt die Ermordung von Zivilpersonen und/oder Eliten keiner konventionellen Strategie. Im Mittelpunkt der Anschläge steht die gezielte Produktion von Angst, wobei ihre Systematik überdies den Ressourcencharakter der Angst in terroristischen Politiken offenbart. Terrorismus ist als nicht-territoriale, nicht-staatliche und transnationale Strategie damit vor allem psychologischer und kommunikativer Natur, wobei Terroristen bei der Angstproduktion mit der multiplikatoren Kraft der Massenmedien¹³ rechnen können.

Der terroristischen Strategie der Angsterzeugung entspricht strukturell die Angstreaktion der potentiellen zivilen Opfer. Die Angst vor terroristischen Angriffen ist diffus und omnipräsent. Während die Furcht vor etwas konkrete Züge trägt und das furchteinflößende Element benennen kann¹⁴, ist die Angst vor dem Terrorismus aufgrund seiner virtuellen Omnipräsenz orts-, zeit- und situationsunabhängig und daher diffus. So wie die Terroristen ihrer Strategie ohne Beachtung territorialer Grenzen folgen, so sehr entgrenzt und globalisiert sich auch die Angst der vom Terrorismus bedrohten Gruppen. Im Falle des Terrorismus fürchtet sich nicht ein Staat vor einem anderen, sondern es ist die Angst der Individuen, Gruppen und Staaten vor vernetzten, transnationalen Akteuren. Daß diese nicht zielgerichtet ist und kein konkretes Subjekt benennen kann, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie schnell man der Sympathie für den Terrorismus verdächtig werden kann. So werden im Falle des islamistischen Terrors auch jene Muslime suspekt, die schon lange in westlichen Staaten leben.

Wie wir sahen, läßt sich die terroristische Gewalt aufgrund ihrer Entgrenzung und der mit ihr einhergehenden Globalisierung der Angst nicht in die staatlich strukturierten Begriffe des Hobbesschen Modells einfügen. Doch selbst wenn die Staatszentriertheit des Modells mit der Erfassung des transnationalen Terrorismus überfordert ist, gibt es doch einen zentralen Punkt, in dem Hobbessche Vorstellungen für das Verstehen des modernen Terrorismus fruchtbar sind. Denn der Terrorismus ist vornehmlich eine politisch-psychologische Strategie der Angst. Und genau die Angst ist es auch, die im Menschenbild des Thomas Hobbes eine zentrale politische Größe darstellt. Der Unterschied besteht darin, daß die Angst im *internationalen* System nach Hobbes zwischen den Staaten herrscht, während sie unter *transnationalen* Bedingungen erneut das Individuum erfaßt. Der transnationale Terrorismus kann dabei als Aktivierung des Hobbesschen Angstzustandes

¹³ Zur Bedeutung der Medien im Diskurs der Angst vgl. – wenn auch einseitig – Bergsdorf (2000), S. 23ff.

¹⁴ Die konzeptuelle Unterscheidung zwischen Furcht und Angst stammt von Kierkegaard (1912), S. 36f.

unter den Bedingungen moderner Gouvernamentalität¹⁵, das heißt, unter den Bedingungen moderner *Netzwerkhaftigkeit* politischen Handelns verstanden werden. Insbesondere der französische Philosoph Michel Foucault hat demonstriert, wie Macht in komplexen dezentralisierten Netzwerken (re-)produziert und ausgeübt wird.¹⁶ Das Foucaultsche Konzept der diskursiven Machtproduktion und -ausübung funktioniert dabei nicht hierarchisch, sondern arbeitet in einem komplizierten Zusammenspiel verschiedenster Instanzen, die man als Knotenpunkte eines Netzwerkes auffassen könnte.¹⁷ In einem solchen Modell sind Urheber politischer Aktionen nicht an einem Ort (z.B. in einem Staat oder einer Regierung) zentralisiert und daher weder genau erkennbar noch zweifelsfrei zu fassen. In solchen Netzwerken wird über diskursive Praktiken kommuniziert, die nach bestimmten Regeln und Ausschlußkriterien funktionieren.¹⁸

Nun scheint der transnationale Terrorismus in solchen Begriffen recht gut beschrieben werden zu können. Zum einen ist die terroristische Strategie durch den Primat der Angst gekennzeichnet. Die Erzeugung von Angst und Schrecken ist ihr hauptsächliches Merkmal. Um das Angstpotential voll zur Geltung zu bringen, ist es zum anderen aber auch notwendig, bei seinen Gegnern ein Gefühl der Verunsicherung, der Unklarheit und der Undeutlichkeit zu verbreiten. Der netzwerkhafte Charakter des Terrorismus ist demnach also nicht nur aus dem praktischen Umstand geboren, daß Terroristen im geheimen operieren müssen. Vielmehr vermag der Terrorismus seinen Schrecken erst unter den Bedingungen von größtmöglicher Unklarheit voll zu entfalten. Insbesondere am Beispiel des transnationalen islamistischen Terrorismus zeigt sich, daß durch die Unkalkulierbarkeit potentieller Anschlagziele das Bedrohungsgefühl und damit auch die politische Bedeutung dieser Form des Terrorismus wächst. Anders als bei klar identifizierbaren terroristischen Gruppierungen wie der baskischen ETA, der nordirischen IRA oder der deutschen RAF ist der islamistisch motivierte Terrorismus komplex und heterogen.¹⁹ Dieses Netzwerk ist so diversifiziert, daß es sowohl Teile einzelner Regierungen und Geheimdienste als auch religiöse Führer, maghrebinische Rechtsextremisten, arabische Geschäftsmänner und Prediger in kleinen Diasporagemeinden umfassen kann. Dabei läßt sich nur mutmaßen, inwieweit eine Vernetzung überhaupt vorhanden ist. Teilweise wird es von einem extremistischen Diskurs zusammengehalten, in dem gemeinsa-

¹⁵ Vgl. zum Begriff und Konzept der Gouvernamentalität u.a. Lemke (2003), S. 267, 269ff.

¹⁶ Vgl. beispielhaft Foucault (1998), S. 15, 36f., 59, 92f., 106ff.

¹⁷ Vgl. explizit Foucault (1998), S.113 sowie in diesem Sinne auch ders. (1997), S. 119f.

¹⁸ Vgl. hierzu Vasilache (2003), S. 46 sowie ders. (2006).

¹⁹ Vgl. Heine (2001), S. 154.

me Ziele und gemeinsame Feinde zu einem losen ideologischen Fundament konstruiert werden. Dieser Diskurs ist indes nicht als direkte Kommunikation innerhalb eines festen Gefüges zu verstehen. Vielmehr besteht er aus einer ungeordneten Vermittlung verschiedenster Zeichen und Signale, die von einem al-Qaida-Video bis zu israelfeindlichen Äußerungen moslemischer Jugendlicher reichen können. So garantiert dieser dezentrale und nicht gesteuerte Diskurs die (Re-)Präsentation des islamistischen Extremismus nach innen und außen.

Die Reaktion der Angst

Wolfgang Bergsdorf ist der Auffassung, daß in freiheitlichen Gesellschaften kollektive Angst ein für die Regierung bedrohlicher Zustand ist, der destabilisierend wirkt.²⁰ Angesichts aktueller antiterroristischer Politiken kann dieser These meines Erachtens nicht gefolgt werden. Schon aus vertragstheoretischer Perspektive ergeben sich Zweifel an einem solchen Blick, der demokratische Gesellschaften als strukturell angstfrei idealisiert.

So ist – wie schon gezeigt – bei Hobbes die Angst der Antrieb, um den kriegerischen Naturzustand zu verlassen und sich im Kollektiv als Gesellschaft zu organisieren. Durch diesen Schritt aus der individuellen Isolation des Naturzustandes heraus beenden die Menschen aber nicht nur den dauernden Krieg untereinander, sondern werden zugleich auch politisch konstituiert und verfügbar gemacht. Die Angst im Naturzustand läßt sie schließlich zu Objekten von Regierungsentscheidungen werden. Dabei ist dieser Tausch durchaus nicht unvernünftig. Zwar verzichten die Menschen auf ihre natürlichen Rechte und auch darauf, als aktive Entscheidungsträger ihre eigenen Geschicke zu lenken, andererseits sichert ihnen das Kollektiv Sicherheit zu.

Aus einer Hobbesschen Perspektive kommt der Angst demnach eine doppelte Bedeutung zu. Sie motiviert *erstens* zur Beendigung des kriegerischen Naturzustandes und führt *zweitens* zur politischen Verfügbarmachung der Individuen als Staatsbürger. Nun kann man zunächst einwenden, daß die von Hobbes entworfene Gesellschaftsordnung eben nicht freiheitlich oder gar demokratisch beschaffen sei. Doch der Zusammenhang zwischen Staatsgründung und politischer Verfügbarmachung der Individuen ist von der installierten Gesellschaftsordnung unabhängig. Der Schritt aus dem Naturzustand in die Gesellschaft ist notwendig mit der politischen Verfügbarmachung der Individuen verbunden, unabhängig davon, ob die Bürger an der Gesetzgebung beteiligt sind oder nicht.

²⁰ Vgl. Bergsdorf (2000), S. 16, 19.

Die Ursprungsmythologie moderner Gesellschaften weist der Angst einen zentralen Stellenwert als disziplinierende Kraft zu. Die positive ethische Konnotation, die die Angst in den theoretischen Grundlagen moderner Gesellschaften erfährt, bleibt politisch nicht ohne Wirkung. Anders als imperiale Mächte der Antike oder der Vormoderne, kann der moderne Verfassungsstaat mit ihr offen umgehen. Das oben dargelegte Beispiel der nachrevolutionären französischen Republik ist ein sehr frühes und widerspiegelt daher noch die Unsicherheit im Umgang mit ihr. Wenn wir uns nun erneut der Frage des aktuellen transnationalen Terrorismus zuwenden, finden wir eine sehr viel professionellere Politik der Angst vor.

Angesichts ihrer Bedeutung in der Theorie moderner Staatlichkeit verwundert es nicht, daß als Hauptargument politischer Eliten für einen Kriegseintritt verstärkt die eigene Angst beschworen wird: Eine Argumentation, die durchaus erfolgreich ist. So werden beispielsweise militärischen Aktivitäten mit Verweis auf eine massive terroristische Bedrohung legitimiert. Militärische Konflikte werden im Namen der eigenen Angst geführt, wobei im Unterschied zu klassischen Territorialkonflikten nicht mehr nur die Furcht vor einem bestimmten Staat im Mittelpunkt steht, sondern ein diffuses Gefühl der Allgegenwärtigkeit des Terrorismus. Dies ist eine qualitative Veränderung, auch weil damit die Beweislast für Bedrohungen – zumindest faktisch – umgekehrt wird. Während im Falle klassischer Konflikte (wenigstens idealtypisch) nachgewiesen werden mußte, daß die Furcht vor einem bestimmten und klar identifizierbaren Gegner begründet ist, verleitet die Ziel- und Subjektlosigkeit der Angst vor dem Terrorismus dazu, von verdächtigen Gruppierungen und Staaten Belege für ihre Unschuld einzufordern.

Die eigene Angst als Legitimationsquelle für militärische Konfliktbewältigung anzuführen, verdeutlicht auch, daß der häufig sowohl gegen die USA als auch gegen die russische Tschetschenienpolitik erhobene Vorwurf, eine rückwärtsgewandte imperiale Außenpolitik zu betreiben, im Hinblick auf die legitimatorische Basis dieser Politiken nicht trifft. Denn der klassische Imperialismus zeichnete sich ja vornehmlich durch eine Strategie der innerstaatlichen Angstbekämpfung und durch den angestrebten Zustand der eigenen Angstfreiheit aus. Imperiale Strategien rechtfertigten ihren Expansionsdrang niemals mit der eigenen Angst. In der gegenwärtigen US-amerikanischen und russischen Politik dagegen wird die eigene, innerstaatliche Furcht für bestimmte außenpolitische Ziele legitimatorisch fruchtbar gemacht, was in einem strikten Widerspruch zu imperialistischen Politikmustern steht.

Eine eher klassisch orientierte Angstpolitik ist dagegen in der Strategie des transnationalen Terrorismus zu konstatieren. Während die wichtigste Ressource des Terrorismus die diffuse Angst seiner Gegner ist, soll diese in der eigenen Sympathisantengruppe wie in den Herkunftsgesellschaften mi-

nimiert werden.²¹ Die Angreifbarkeit des Gegners soll nachgewiesen und die Furcht vor ihm zurückgedrängt werden. Während die antiterroristischen Strategien auf die Unberechenbarkeit, die große Gefahr und damit die Stärke des Terrorismus hinweisen, zielt dieser auf den Nachweis der Schwäche des Gegners. Daraus läßt sich freilich nicht schließen, ob terroristische Strategien letztlich als imperialistisch einzustufen seien. Doch verdeutlicht der Blick auf die ausschließlich nach außen gerichtete Angstpolitik des Terrorismus, daß terroristische Strategien – bei aller Modernität ihrer vornehmlich psychologischen Taktik – eben auch auf Denkmuster klassischer Militär- und Guerillapolitiken²² zurückgreifen. In jedem Fall bleibt festzuhalten, daß im Hinblick auf die legitimatorische Bedeutung der Angst zwischen terroristischer Strategie und antiterroristischem Kampf keine Äquivalenz besteht.

Wenngleich die terroristische Strategie der Angst und die Politisierung der Angst in Staaten, die vom Terrorismus bedroht sind, fundamental verschiedenen Prinzipien folgen, wirken sie in gewisser Weise komplementär. So kann die durch terroristische Attacken verursachte Angst z.B. in der US-amerikanischen oder russischen Bevölkerung für die Legitimation militärischer Außenpolitiken nutzbar gemacht werden. Hier tritt ihr Ressourcencharakter auch in modernen Gesellschaften deutlich hervor. Daß Angst auch von den politischen Eliten moderner Staaten als Ressource wahrgenommen wird, zeigt sich nicht nur in ihrer Instrumentalisierung für bestimmte außenpolitische Ziele. Auch die im Bereich der inneren Sicherheit vollzogenen Machterweiterungen in zahlreichen Staaten legt davon Zeugnis ab. Zugleich wird die Reproduktion der Ressource Angst zum Teil planmäßig betrieben, wie beispielsweise die Konstituierung des Heimatschutzministeriums in den USA²³ demonstriert.

Diese Beispiele aktueller Versuche der Angst(re)produktion dürfen aber insgesamt nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politische Nutzbarmachung eigener Angst (d.h. der Angst in der eigenen Bevölkerung bzw. des eigenen Staates) nicht ein neues und spontanes Phänomen darstellt, sondern sie in den theoretischen Grundlagen moderner Staatlichkeit selbst schon angelegt ist. Aktuelle Politiken der Angstproduktion und -verwertbarkeit basieren vielmehr darauf, daß der Angst im modernen Staat eine zentrale politische Rolle zugewiesen wird.

Obgleich sowohl für den Terrorismus als auch für die Regierungen jener Staaten, die vom Terrorismus bedroht sind, die Angst in ihrem Ressourcencharakter herausgestellt werden konnte, ist daraus freilich nicht zu schließen, daß beide Seiten politisch aufeinander abgestimmt oder angewiesen

²¹ Dies schließt Anschläge in den Herkunftsgesellschaften allerdings nicht aus.

²² Zur Unterscheidung von Guerilla und Terrorismus vgl. Waldmann (1998), S. 14ff.

²³ Vgl. Barber (2003), S. 13.

sein oder sie letztlich sogar an einem Strang ziehen würden. Weder die US-amerikanische Regierung noch die aktuelle russische Präsidentschaft haben ein Interesse an Anschlägen auf ihre Zivilbevölkerungen. Es läßt sich im Gegenteil feststellen, daß wiederholte Anschläge Kritik an der erfolglosen Terrorismusbekämpfung auslösen, wodurch die jeweiligen Regierungen letztlich unter Druck geraten.

So lassen sich demnach auch Strategien der Angstreduktion feststellen, die zugleich demonstrieren, daß Nationalstaaten mit ihren klassischen Vorstellungen von zwischenstaatlichen Konflikten bisweilen mit der modernen und sehr viel komplexeren transnationalen Struktur des Terrorismus überfordert sind. So besteht eine Strategie der Angstreduktion durch Regierungen darin, die Komplexität des Terrorismus verbal zu simplifizieren und den terroristischen Feind klar zu konturieren. Ein solcher Versuch der Bündelung von diffuser Angst zu einem klar identifizierbaren terroristischen Gegner ist im Begriff *al-Qaida* zu sehen. Zwar mag die Organisation um Osama bin Laden ein wichtiges Glied in einem weitgespannten Netzwerk sein, doch dieses Netzwerk als geschlossene und steuerbare Entität zu betrachten, geht sicher fehl.

Anders als in der terroristischen Strategie kann es aus der Sicht von Regierungen bedrohter Staaten also auch ein zu hohes Maß der Ressource Angst geben. Wenngleich weder die US-amerikanische noch die russische Regierung ein Interesse an permanenten Anschlägen auf die eigene Zivilbevölkerung haben, kann die Gefahr solcher Anschläge dennoch als machstabilisierend gelten. Weder ausgeführte Anschläge, noch eine Situation der Gefahrlosigkeit, sondern die dauernde Notwendigkeit der Gefahrenabwehr verspricht Regierungen besondere Bewegungsfreiheit. Die Ressource Angst eröffnet insbesondere dann neue politische Handlungsspielräume, wenn Regierungen Sicherheit offerieren können.

Schlußbemerkung

Wenngleich ein Schwerpunkt dieses Artikels darin bestand, Angst als politische Ressource herauszustellen und zu diskutieren, die freilich in terroristischen Strategien anders funktioniert als in den Gegenpolitiken betroffener Staaten, ist daraus nicht zu schließen, daß Angst auf der individuellen Ebene unbegründet oder unberechtigt wäre. Daß die individuelle Angst vor terroristischer Bedrohung nachvollziehbar ist, schließt ihre systematische (Re-)Produktion, Politisierung und Instrumentalisierung und damit ihren Ressourcencharakter nicht aus. Es besteht kein Konflikt zwischen der Kritik an einer systematischen Angstpolitik und der Berechtigung und Nachvollziehbarkeit individueller Angst.

Die tatsächliche Angst in der Bevölkerung ist aber nicht nur nachvollziehbar und verständlich, sondern kann auch als Zeichen eines weitgehenden gesellschaftlichen Konsenses der Gewaltlosigkeit verstanden werden. Betrachtet man die US-amerikanische oder die russische Gesellschaft, so stimmt die Notwendigkeit der Eliten, für militärische Konfliktbewältigung die Angst ihrer Bevölkerungen mobilisieren zu müssen, sogar hoffnungsfroh. Denn wenn militärische Strategien nur unter den Bedingungen eigener Bedrohtheit und eigener Angst zustimmungsfähig sind, spricht dies für ein hohes Maß an Friedfertigkeit der jeweiligen Gesellschaften.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah: Macht und Gewalt. München 1994.
- Barber, Benjamin R.: Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt. München 2003.
- Bergsdorf, Wolfgang: Politik und Angst. In: Bosbach, Franz (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte. Dettelbach 2000, S. 13-28.
- Czempiel, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. München 1999.
- Foucault, Michel: Die Sorge um sich. Frankfurt am Main 1997.
- Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main 1998.
- Heine, Peter: Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam. Freiburg i.Br. 2001.
- Hobbes, Thomas: Leviathan. Frankfurt am Main 1998.
- Hoffmann, Bruce: Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Frankfurt am Main 2002.
- Kierkegaard, Sören: Der Begriff der Angst. Jena 1912.
- Lemke, Thomas: Andere Affirmationen. Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus. In: Honneth, Axel/Saar, Martin (Hrsg.): Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurt am Main 2003, S. 259-274.
- Neumann, Franz L.: Angst und Politik. Tübingen 1954.
- Putz-Osterloh, Wiebke: Angst und Handeln aus psychologischer Sicht. In: Bosbach, Franz (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte. Dettelbach 2000, S. 1-11.
- Seidelmann, Reimund: Kants „Ewiger Friede“ und die Neuordnung des europäischen Sicherheitssystems. In: Dicke, Klaus/Kodalle, Klaus-Michael (Hrsg.): Republik und Weltbürgerrecht. Weimar 1998, S. 133-180.
- Vasilache, Andreas: Interkulturelles Verstehen nach Gadamer und Foucault. Frankfurt am Main/New York 2003.
- Vasilache, Andreas: Erklären und Verstehen bei Michel Foucault. In: Greshoff, Rainer/Kneer, Georg/Schneider, Wolfgang Ludwig (Hrsg.): Verstehen und Erklären. Eine Einführung in methodische Zugänge zum Sozialen. Stuttgart 2006 (i.E.).
- Waldmann, Peter: Terrorismus. Provokation der Macht. München 1998.